

Harsche Kritik an Dreierkoalition

Bündnis hält: „Neues Innsbruck“ will bis zum Ende der Periode vereint bleiben



Die Oppositionsrolle nehme man „mit Fleiß und Leidenschaft“ wahr, versichern Christine Oppitz-Plörer, Franz Jirka, Birgit Winkel und Markus Stoll (v. l.).

© Michael Domanig



Von Michael Domanig

Mittwoch, 23.04.2025, 14:35

Bei einer ersten Bilanzpressekonferenz nach einem Jahr in Opposition ging „das Neue Innsbruck“ mit der Innsbrucker Dreierkoalition hart ins Gericht – kritisiert wird unter anderem mangelnde Diskussionsbereitschaft. Das bürgerliche Bündnis selbst demonstriert Zusammenhalt: Die Gemeinderatsfraktion werde bis zum Ende der Periode vereint bleiben.

Innsbruck – Seit einem Jahr sitzt „das Neue Innsbruck“, das bürgerliche (Wahl-)Bündnis aus Für Innsbruck, ÖVP und Seniorenbund, auf der harten Oppositionsbank. Bei den Gemeinderatswahlen 2024 wurde man schwer geschlagen, schaffte nur vier Mandate – 2018 hatten die drei Listen in Summe noch 13 von 40 Sitzen erreicht. Am Mittwoch zog „Das Neue Innsbruck“ nun erstmals Bilanz.

Was die interne Zusammenarbeit im Bündnis angeht (die nicht immer ganz friktionsfrei abgelaufen sein soll), war „das Neue Innsbruck“ demonstrativ um Einigkeit bemüht: Man komme gut miteinander aus, sei „als Bündnis gewählt“ und werde in der Gemeinderatsfraktion bis 2030 vereint bleiben, betonte Klubobmann Franz Jirka.

Der Dreierkoalition aus JA – Jetzt Innsbruck, Grünen und SPÖ stellte die Oppositionsfraktion hingegen erwartungsgemäß kein gutes Zeugnis aus. Tenor: Die Performance der Stadtregierung habe viel „Luft nach oben“.

„Werden weiter den Finger in die Wunden legen“

Die Oppositionsrolle, die Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) dem „Neuen Innsbruck“ zugewiesen habe, „indem er ein linksorientiertes Bündnis schmiedete“, nehme man „mit Fleiß und Leidenschaft wahr“, versicherten Jirka und Gemeinderätin **Christine Oppitz-Plörer**.

Man versuche, mittels Anfragen (bislang 39), „Transparenz zu schaffen“ und mittels Anträgen (bisher 27) „inhaltlich etwas weiterzubringen“, erklärte die ehemalige Bürgermeisterin – was zum Beispiel im Hinblick auf die nunmehr geplante Gründung einer „Innsbrucker Bildungsgesellschaft“ auch fruchte. Im Sinne der Transparenz werde man weiterhin „die Finger in die Wunden legen“.



Gemeinderätin Christine Oppitz-Plörer und Klubobmann Franz Jirka sehen bei der Arbeit der Stadtführung „viel Luft nach oben“.

© Michael Domanig

Die Dreierkoalition habe „die Hoffnung auf ernsthafte und leidenschaftliche Arbeit bislang nicht erfüllt“, kritisierte Oppitz-Plörer. Als jüngstes Beispiel nannte sie die „Nebelgranate“, was die Schaffung von Räumen für die (Jugend-)Kultur in Innsbruck angehe: „Ich würde mir wünschen, dass sich der Bürgermeister mit der gleichen Leidenschaft für Räume für die junge Szene einsetzt wie für seine Büroumbauten“.

„Ich würde mir wünschen, dass sich der Bürgermeister mit der gleichen Leidenschaft für Räume für die junge Szene einsetzt wie für seine Büroumbauten. ”

Gemeinderätin Christine Oppitz-Plörer

„Diskussionen teilweise nicht erwünscht“

Als „Wunsch nach einem Jahr“ formulierte Oppitz-Plörer, „dass man im Gemeinderat Antworten bekommt“, auch ohne formelle Anfragen oder einen Umweg über die Medien. Generell kämen im Gemeinderat und den Ausschüssen „kaum Diskussionen zustande“.

Neuer Newsletter: TT am Mittag

Aktivieren Sie mit **nur einem Klick** unseren neuen Newsletter mit den Themen des Tages und erhalten Sie **täglich um 11.30 Uhr** Ihr News-Update an c.oppitz@magibk.at.



[Jetzt aktivieren](#)

So sieht das auch Klubobmann-Stellvertreterin **Birgit Winkel**: Die Ausschusssitzungen seien oft sehr kurz, „Diskussionen bleiben aus, sind teilweise offenbar auch nicht erwünscht“. Innsbruck verdiene „eine offene Debattenkultur, in der andere Sichtweisen als Chance, nicht als Störfaktor gesehen werden“.

Gemeinderäte bräuchten sorgfältig vorbereitete und transparente Unterlagen, so Winkel weiter. Fehlen diese, würden die politisch Zuständigen „die Verantwortung oft auf die städtischen Mitarbeiter abwälzen“. Auch Anfragen würden teils nur unzureichend beantwortet – etwa zu den Bürumbauten des Bürgermeisters.

„Innsbruck verdient eine offene Debattenkultur, in der andere Sichtweisen als Chance, nicht als Störfaktor gesehen werden.“

Birgit Winkel, Klubobmann-Stellvertreterin

Kritik an Personal- und Finanzpolitik

Es gehe als Opposition darum, „wachsam“ zu sein, erklärt **Markus Stoll**, Stadtrat ohne Ressortverantwortung. Daher setze man immer wieder gezielt das Werkzeug des Minderheitenvotums ein, um Beschlüsse aus dem (nicht-öffentlichen) Stadtsenat in den Gemeinderat zu bringen.



Birgit Winkel fordert eine „offene Debattenkultur“, Markus Stoll eine sparsamere Personalpolitik.

© Michael Domanig

Inhaltlich kritisiert Stoll vor allem die Personal- und Finanzpolitik der Stadtführung: In der Vorperiode, unter Bürgermeister Georg Willi (Grüne), sei die Zahl der städtischen Dienstposten um ca. 25 % von etwa 1500 auf rund 1900 gestiegen, trotz stagnierender Bevölkerungszahl. „Damit gehen auch die Fixkosten durch die Decke.“ In der laufenden Periode ortet Stoll „eine Fortsetzung dieser Personalpolitik“, was der Stadt „die Luft für die Zukunft“ nehme.

Klar sei, dass man etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung nicht sparen dürfe, so Oppitz-Plörer. Sie hinterfragt aber beispielsweise das neu geschaffene „Amt für Zukunftsfragen“, von dem ihr bisher nicht klar sei, „was es wirklich macht“.

In Sachen Stadtfinanzen weist Stoll darauf hin, dass die sogenannte freie Finanzspitze, quasi der kommunale Cashflow, gemäß Jahresabschluss 2024 auf nur noch 1,4 Mio. Euro gesunken ist. Der finanzielle Handlungsspielraum tendiere damit „nahezu gegen null“. Gewinnentnahmen wie jene von der Stadt-Tochter IIG (Innsbrucker Immobiliengesellschaft) sieht Stoll als „Taschenspielertricks“, bei denen das Geld „von der rechten in die linke Hosentasche“ wandere.

Markus Stoll, Stadtrat

Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt tendiert nahezu gegen Null.

„Wo ist die Wirtschaftsgesinnung?“

Klubobmann Jirka, zugleich Wirtschaftskammer-Bezirksobmann, vermisst „im Hinblick auf das, was mit der Wirtschaft in der Stadt gerade passiert“, einen „Aufschrei“, vor allem von jenen Unternehmern, die für die Dreierkoalition im Gemeinderat sitzen. Er nennt die jüngste Parkgebührenerhöhung auf 1,10 Euro pro halber Stunde, ohne dass die meisten Parkautomaten wechseln können, „zunehmende Leerstände“ im Stadtzentrum oder die Ausdünnung der Flugverbindungen am Flughafen Innsbruck: „Wo ist die Wirtschaftsgesinnung?“

Auch bei der massiven Belastung durch Baustellen warte er auf diesen Aufschrei, so Jirka weiter. Für ihn ist etwa unverständlich, dass die große Straßenbaustelle am Südring gerade jetzt „durchgedrückt“ werde, wo ohnehin schon viele Baustellen – etwa auf der A12 zwischen Innsbruck-Ost und Hall-West oder in der Kranebitter Allee – laufen und weitere, zum Beispiel in der Haller Straße, bevorstehen.

Erneute Kritik an Bausperre

Beim Pressegespräch kritisierte das Neue Innsbruck auch die im März-Gemeinderat beschlossene Bausperre zur Absicherung von Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau: „Man hätte im Vorfeld sieben Jahre Zeit gehabt, um Gespräche mit den Grundeigentümern zu führen“, meinte Stoll. Unabhängig davon, ob die Maßnahme rechtlich hält, sei eine unmittelbare Schaffung von leistbarem Wohnraum über Vorbehaltsflächen jedenfalls nicht zu erwarten: „Zehn Jahre wird da gar nix passieren.“



Die beschlossene Bausperre zur Absicherung von Vorbehaltsflächen für den leistbaren Wohnraum sieht „das Neue Innsbruck“ äußerst kritisch.

© Rita Falk / Tiroler Tageszeitung

„Chance für Bahnstufunterführung nützen“

Zum möglichen Großprojekt einer Fuß- und Radunterführung unter dem Innsbrucker Hauptbahnhof im Zuge des Bahnhofsumbaus erklärte Jirka: „Wenn es die Chance gibt, muss man sie nützen, sonst ist sie weg“. Oppitz-Plörer bezweifelt die kolportierten Kosten von bis zu 60 Mio. Euro: Es gelte, erst zu planen und dann zu schauen, „was es wirklich kostet und wo man eventuell abspecken kann“. Stoll nannte das Projekt „absolut richtig und wichtig“, nötig seien aber gute „Verhandlungen auf Augenhöhe“, statt den ÖBB Botschaften über die Medien auszurichten.



Eine Fuß- und Radunterführung unter dem gesamten Hauptbahnhof hindurch sieht das „Neue Innsbruck“ als einmalige Chance.

© Axel Springer

Eigenständige Kandidatur der ÖVP?

Zurück zur Zukunft des „Neuen Innsbruck“ selbst: Ob die Stadt-ÖVP – Wirtschaftslandesrat Mario Gerber wurde zum geschäftsführenden Stadtparteiobmann gewählt – 2030 wieder eigenständig kandidieren wird, werde „frühestens 2029“ entschieden, sagte Jirka. Oppitz-Plörer betonte auf die Frage, ob für sie eine Kandidatur auf einem ÖVP-Ticket denkbar wäre: „Ich lebe im Hier und Jetzt.“

Für Sie im Bezirk Innsbruck unterwegs:

Michael Domanig

michael.domanig@tt.com

+4350403 2561

Verena Langegger

verena.langegger@tt.com

+4350403 2162

Renate Perktold

renate.perktold@tt.com

+4350403 3302